

# Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1258

Organ für das **werktätige Volk**

Verleger: Ed. Staatsb. Dresden.  
Herausgeber: Arbeiter, Einzelnen  
und Gewerkschaften, K.-O. Dresden,  
Gebrüder Kretschmer, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bestandteile einschließlich Briefbogen mit der nächsten Unter-  
bringungsbeilage: 20 Pf. wöchentlich, 1.00 monatlich, 1.00 vierteljährlich, 3.00 halbjährlich, 6.00 jährlich, 10 Pf. für auswärtige  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Westerntor 10, Dresden, Nr. 1258. Geschäfts-  
stunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Westerntor 10, Dresden, Nr. 1258 und 1270.  
Verlagszeitung von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abonnementpreis: Grundpreis, die 30 mm breite Nonpareille-  
zeile 30 Pf., die 10 mm breite Nonpareillezeile 200 Pf., für auswärts  
insgesamt 40 Pf. und 2.50 Pf. Samstagsausgabe, Stellen- und Werbe-  
anzeigen 40 Pf. Rabatt. Für Kleinverleger 10 Pf.

Nr. 95

Dresden, Mittwoch den 24. April 1929

40. Jahrgang

## Die Konferenz der Gewerkschaftsleiter

Die fauern Trauben der Moskowiter

Als im Anfang dieses Jahres die neuen Richtlinien der kommunistischen Zentrale erschienen, wachte der halbwegs ständige, daß ein abermaliger Wechsel in der Taktik der Kommunisten gegen die Gewerkschaften bevorstehe. Zuerst war der bolschewistische Gefolgschaft befohlen worden: „Raus aus den Gewerkschaften! Gründet Gegenorganisationen!“ Da dadurch zwar die Gewerkschaften an Zahl ein wenig verloren, an innerer Kraft aber unendlich gemannet, machte die Oberherrlichkeit der Kommunisten eine Mehrwendung. Jetzt befahl sie: „Rin in die Gewerkschaften! Bildet dort Zellen und reißt den verräterischen Anführern die Maske vom Gesicht!“ Bei einem Teil der Gefolgschaft verkappte die Peine den Dienst; der andere tat, wie ihm gebrähe, d. h. sie bildeten Zellen, verleumdete die Gewerkschaftsangehörigen, kurz suchten die Gewerkschaften zu zerrütten. Allein, trotz dieser mit unermesslichem Eifer betriebenen Zerstörungsarbeit wuchsen die Gewerkschaften prächtig weiter und festigten sich zusehends. Auf den Verbandstagen und dem Gewerkschaftsfongress waren die kommunistischen Delegationen zu einem winzigen Häuflein kommischer Gestalten zusammengeschmolzen. Und alle Zeichen deuteten darauf hin, daß sie bald nur noch eine läble geschichtliche Erinnerung sein würden.

Nach alledem wird man begreifen, daß man in Moskau nicht umhin konnte, eine neue Lösung an die Brettern anzubringen. Darin wird befohlen, allerdings mit Hilfe der Unorganisierten und überglücklichen Kampfleitungen und Streikkomitees zu bilden, zu denen offizielle Gewerkschaftsvertreter oder nicht zugelassen werden dürfen; für die Streikkomitees sollen die Abmachungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern nicht bindend sein, und vor allem sollen diese Komitees das Vertrauen der Mitglieder zu ihren gewerkschaftlichen Einrichtungen zerstören.

Mit der Ausführung dieser Richtlinien wurde bei den Betriebsratwahlen begonnen. Bekanntlich wurden von den Kommunisten besondere Kandidatenlisten aufgestellt und mit Hilfe der Unorganisierten durchzusetzen versucht. Das ist ihnen, wie wir schon mehrfach berichteten, danebengefallen.

Nur in Berlin hat man einigen Erfolg gehabt. Aber dort soll sich erst noch zeigen, was man kann. Das war und ist eine Spaltung und Schwächung des Einflusses.

Die Spaltung der Gewerkschaften bei den Betriebsratwahlen war jedoch nur als der Beginn für die Ausführung der neuen kommunistischen Richtlinien gedacht. Was darauf folgen soll, weiß man neben manchem anderen aus den Ausführungen kommunistischer Führer. So hat Bild von der Zentrale der deutschen K. K. erklärt, daß „die Bildung neuer Gewerkschaften unvermeidlich sei“, und der W. Sekretär Bruhn hat in Kiel in der Zeitschrift erklärt, daß sich jeder Kommunist darüber klar sein müsse, daß es sich um die Neugründung von Gewerkschaften handle. Um die Neugründung vorzubereiten oder um den neuen Gewerkschaften einen Stützpunkt zu schaffen, sollen eben die Kampfleitungen und Streikkomitees gebildet werden. Am gründlichsten ist der faubere Plan in der Metallindustrie vorbereitet, während in zwei andern Industrien die Vorbereitungen noch mehr im Anfangsstadium sind.

Nur letzten Sonntag sollte in Berlin im Metallarbeiterverband die niedliche kommunistische Sache steigen. Eine Konferenz der revolutionären Metallarbeiter war einberufen worden, die sich unter anderem mit der Abwehr der Spaltung im Metallarbeiterverband befassen sollte. Anders, wahrheitsgemäß den Tagesordnungspunkt zu benennen, kann man nicht auf von Leuten erwarten, die dem Gegner gegenüber „mit List, Trug und Schmeichelei“ arbeiten müssen.

Von Berlin aus sollte, wenn hier die Sache glückte, die Spaltung auf das ganze Reich übertragen werden. Mittlerweile aber war den Gewerkschaften klar geworden, daß die Sache nicht so einfach ist, und so wurde der große Punkt der Tagungsordnung der Spaltungskonferenz sachte in den Hintergrund geschoben und der Nachdruck auf die Fortführung der Vorbereitung für die Herzschache Moskows gelegt. Sie mögen nur weiter die Spaltung „vorbereiten“ — die Gewerkschaftler werden ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben.

## Hände weg!

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Der Kampf um die Sozialversicherung, der seit Wochen und Monaten in der Öffentlichkeit lobt, nähert sich einem kritischen Augenblick. Die Sozialparlamentarischen Horizont sind bereits schwarze Wolken im Anzug. Schon die vor der Tür stehende Ausdrache des Reichstags über die Finanzfrage der Arbeitslosenversicherung wird kritische Tage bringen. Die Arbeiterklasse weiß, was gespielt wird: die Arbeitslosenversicherung soll ins Herz getroffen werden. Noch ist die Sozialreaktion nicht recht einig, wie sie taktisch vorgehen und welche „Reform“-Argumente sie als Sturmbock gegen die Arbeitslosenversicherung auflegen soll. Aber das Ziel steht drüber im feindlichen Lager: sie wollen jetzt einen entscheidenden Vorstoß gegen den neuen Zweig der Sozialversicherung riskieren. Bringt dieser Vorstoß bei der Arbeitslosenversicherung Erfolg, dann wird der Angriff auch gegen die Unfallversicherung, gegen die Krankenversicherung und gegen die Wohlfahrtspflege der Gemeinden, kurzum gegen das ganze Versicherungssystem in breiter Front vorgetragen werden.

Jugenberg und seine politischen Helfershelfer spielen ein gefährliches Spiel. Die Arbeiterklasse läßt beim Kampf um die Sozialversicherung nicht mit sich spucken. Sie weiß, daß an der Sozialversicherung manches verbesserungsbedürftig ist und der Kongress der freien Gewerkschaften in Hamburg hat selbst die Reorganisationsfrage angeschnitten. Die Gewerkschaften sind die allerlehten, die ein gewisses Parasitentum, das sich in den Versicherungen breitgemacht, verdrängen wollen. Sie haben das allergrößte Interesse daran, daß die überarroke Mehrzahl der anständigen Elemente, die keine Rentenfänger sind, die nicht nur von Unterstütlungen, sondern in erster Linie von Arbeit leben wollen, nicht von den Versicherungsmaßnahmen genehmt werden. Aber die Arbeiterklasse weiß auch sehr genau, daß es der Sozialreaktion ja gar nicht auf die Ausrottung von Mißständen und Mißbräuchen ankommt, sondern nur auf die Ausnutzung dieser Mißbräuche und Mißstände, um die ganze Sozialversicherung kaputt zu schlagen.

Die Arbeiterklasse, und zwar aller Richtungen, ist in Alarmbereitschaft. Die Abrechnung, die von der Ausschuss des deutschnationalen Arbeiterbundes und der Reichsangelegtenauschuss der deutschnationalen Volkspartei mit Herrn Gark, der die Gehricht „Arbeitslose der deutschen Sozialpolitik“ verfaßt hat, vorgenommen haben, spricht Bände. Wie aus den Mitteilungen des Organs der christlichen Gewerkschaften, des „Deutschen“ hervorgeht, wurde Herr Gark bei der Ausdrache der deutschnationalen Arbeitnehmer über das Sozialversicherungsproblem förmlich geküßt. Die Ausführungen der sozialpolitischen Scharlatane beschränkten sich auf allgemeine Behauptungen und gingen an dem eigentlichen Kernproblem vorbei. Herr Gark ist noch immer nicht in der Lage, genau anzugeben, wie er sich den Aufbau der Sozialversicherung und die Einführung seiner Zwangsparake denkt, wie der Aufgabenkreis der arbeitslose einzuführenden sozialen Gemeinschaften gezogen und ihre Finanzierung geregelt werden soll. Er hat von den wirklichen Problemen und von den Schwierigkeiten seiner Storkassenbebe selbst gar keine Ahnung.

Die Aussprache über das Sozialversicherungsproblem wirkte nach den Worten des „Deutschen“, als nichtbarer Ausdruck der nur zu berechtigten Unzufriedenheit der Arbeitnehmerwähler ab der ihnen anteil gemordenen Behandlung. Der Inhalt der Ausführungen der Ausspracheredner ging übereinstimmend dahin, daß es wohl als notwendig anerkannt werde, das gewaltige Gebäude der deutschen Sozialversicherung in seinem Aufbau und die einzelnen Versicherungsgesetze in ihren Wirkungen sorgfältig und mit dem Willen zur ernsthaften Reform zu prüfen. In dem Gebäude selbst wollte aber niemand rütteln lassen. Die Abbruchstheorie der Vortragenden fand nicht die geringste Zustimmung. Der Gedanke, den Arbeitnehmern vermehrten Eigenbesitz zu schaffen, wurde begrüßt; es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Tätigkeit der Arbeitergewerkschaften doch seit langem auf dieses Ziel eingestellt sei, und daß dieses Schritt für Schritt zu verwirklichende Wollen nicht notwendigerweise Verzicht auf die Sozialversicherung bedeuten muß. „Die mit allen gegen zwei Stimmen annehmene Entscheidung der Versammlung“, so meldet der „Deutsche“ weiter, „bedeutet eine glatte Abfolge an die Grundgedanken der Garkischen Reformen“.

Der von Jugenberg geführten Sozialreaktion steht also, wie man sieht, eine geschlossene Front der deutschen Arbeiterklasse gegenüber. Wie denken sich nun die Inspiratoren der Hege gegen die Sozialversicherung den weiteren Verlauf des Kampfes? Wollen sie die gesamte deutsche Arbeiterklasse herausfordern? Wollen sie mit einem Anschlag gegen die Sozialversicherung eine neue Regierungskrise heraufbeschwören? Anspiel-

## Die Todesstrafe im Wanken

Der Kampf um den Gotteslästerungsparagrafen

Der Strafrechtsausschuss des Reichstages beschäftigt sich am Dienstag nochmals mit dem § 180 des Entwurfs (Gotteslästerungsparagrafen). Dieser Paragraf droht Gefängnisstrafe demjenigen an, „der öffentlich eine im Reiche bestehende Religionsgesellschaft, ihren Glauben, ihre Einrichtungen oder ihre Gebräuche in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, das Empfinden ihrer Angehörigen zu verletzen“.

Dazu hatten die sozialdemokratischen Vertreter zwei Anträge eingebracht. Der Hauptantrag verlangte die Streichung des Paragrafen. Ein Eventualantrag forderte Verstrafung nur in dem Falle, wenn jemand öffentlich eine im Reiche bestehende Religionsgemeinschaft in gemeiner Weise beschimpft. In der Abstimmung wurde der Streichungsantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt. Es wurde der sozialdemokratische und ein kommunistischer Beschwärgungsantrag wurden abgelehnt, ebenso Anträge des Zentrums und der Deutschnationalen. Schließlich wurde auch der Regierungsentwurf abgelehnt. Damit war der § 180 gefallen. Der Vorstehende, Abg. Nahl (D. Sp.), stellte allerdings fest, dieses Ergebnis bedeute nur, daß man bisher noch keine Haftung gefunden habe, für die eine Mehrheit des Ausschusses eintrete. Diese Mehrheit werde sich aber bis zur zweiten Lesung bilden.

Anschließend wurde die Beratung des siebzehnten Abschnittes, der die Fötung behandelt, aufgenommen. Abg. Dr. Rosenfeld hob gegenüber dem geltenden Gesetz die Verdrößerung hervor, daß der Richter im Falle milderer Umstände bis Word bis auf Achttaus von drei Jahren und bei Totschlag sogar bis auf Gefängnis von drei Monaten heruntergehen könne. Damit sei aber noch nicht genug geschehen. Die Todesstrafe müsse fallen. Jetzt hätten die Abgeordneten einen Antrag (Wahr. Sp.) und Vell (Zentr.) beantragt, die Todesstrafe nur noch in seltenen Fällen — bei wiederholtem Mord bei Totschlag, bei Massenmord und bei Mord an einem Personem aufsteigender Linie — aufrechtzuerhalten. Bei der letzten Abstimmung hätten diese Abgeordneten aber auch noch die Todesstrafe für Raubmord u. a. verteidigt. In der letzten Zeit habe fast jeder Tag zur Aufdeckung neuer Fälle von Verurteilungen in Anknüpfung geführt. Daher müsse der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe endlich angenommen werden. — Fortsetzung der Beratung Donnerstag.

Erhöhung der Anleihen. Die Regierungsparteien haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, monoch die Anleihe, die die Reichsfinanzverwaltung für die Reichsfinanzverwaltung im Laufe des Jahres 1929 im Betrag von 900 Millionen Mark (auf 1100 Millionen Mark) erhöhen wird. Der Antrag soll der Regierung die Möglichkeit geben, das im Haushalt bestehende Defizit auszugleichen.

## 112 Passagiere ertrunken

Johanna, 23. April. (Eig. Rundspruch.) In der Nähe von Kap Elino hieß der japanische Dampfer Tokjuni Waku im Schneesturm auf einen Felsen und sank. 97 Passagiere wurden gerettet, die übrigen 112 Passagiere dürften sämtlich umgekommen sein. Es handelt sich meist um Fischer, die nach Kamtschatka fahren wollten.

## Wirbelsturm über Japan

Tokio, 23. April. (Eig. Meldung.) Bei einem Wirbelsturm über der Nordwestküste Japans wurden in Niigata acht Personen getötet und 76 verletzt. Die Zahl der zerstörten Häuser geht in die Hunderte, die der schwerbeschädigten übersteigt 3000. Zwei Flaggschiffe wurden auf dem Wege nach Korea von dem Eran überfallen. Sie gelten als verloren. Ferner erlitten drei Patroisen eines Zerstörers, die durch eine Sturzseele ins Meer gerissen worden waren.

## Lockende Aussicht.

„Am 1. Mai wird es eine Anzahl Lote geben.“  
(Hamburger Zeitung der KPD.)



„Gib's wirklich Lote, Bruder Kollfoni? Da könnten wir Nazis ja gleich am 1. Mai mit Euch mitmachen!“